

Zu den Hintergründen des Ukraine-Krieges

von Rudolf Witzke

Die russische Perspektive

An Putins Politik gibt es nichts zu beschönigen. Er ist ein gewalttätiger Machtmensch, der mit den Mitteln von Mord an seinen politischen Gegnern und mit Kriegsverbrechen Politik macht. Für eine durchaus plausible Verschwörungstheorie halte ich, dass er selbst hinter großen Terroranschlägen in Moskau mit mehreren hundert Toten gesteckt haben könnte, die den Zweiten Tschetschenienkrieg rechtfertigten und ihn an die Macht brachten. Seine außerordentliche persönliche Macht beruht darauf, dass er in einem kleptokratischen Regime alle entscheidenden Leute in der Hand hat. Jeder kann stehen - gemäß seiner Stellung -, aber Putin hat dadurch, dass er darüber Bescheid weiß, auch alle in der Hand. Putin beschrieb schon früh sein Ziel: eine Diktatur nach dem Muster von Pinochet. Westliche Demokratie und Kultur erscheinen ihm schwach und dekadent. Russland soll sich an anderen Ideen und Wertvorstellungen orientieren. Es gibt verbreitete und vom Staat geförderte ideologische Strömungen in Russland, wie sie etwa der Historiker Timothy Snyder in „[The road to unfreedom](#)“ (auf englisch frei zugänglich, allerdings recht einseitig¹) beschrieben hat, die erschreckend sind. Teilweise knüpfen sie direkt an faschistisches Gedankengut an. Ihre Vertreter ergehen sich in imperialistischen Phantasien. Russland soll wieder zur alten Größe des Zarenreichs oder der Sowjetunion gebracht werden und hätte eine historische Mission zu erfüllen. Zu dieser gehört wesentlich, dem Westen Paroli zu bieten und eine andere - natürlich bessere Kultur - der bisher noch dominierenden, aber niedergehenden westlichen entgegenzusetzen. Ein starker, autoritärer Staat soll eine Art organische Einheit des Volkes garantieren, die durch das orthodoxe Christentum ihre spirituelle Dimension erhält. Traditionelle Werte von Familie und Ordnung werden gegen die flache Konsumkultur, die Orientierungslosigkeit und den Verfall von Werten und Ordnung gesetzt, die man im Westen wahrzunehmen glaubt. Soziale Abweichung und politische Opposition werden entsprechend dieser Ordnungsvorstellung nur in sehr begrenztem Maße geduldet, schnell werden sie als inakzeptable Störung der Ordnung oder gar als Verrat aufgefasst, gegen die rücksichtslos vorzugehen ist. In dieser Kultur sollen die slawischen Völker christlich-orthodoxer Prägung ihre Gemeinsamkeit finden. An die Stelle der noch vorherrschenden, von den USA dominierten unipolaren Weltordnung soll eine multipolare Weltordnung treten, in der Russland beansprucht, eines der Gravitationszentren zu sein.

In manchen Darstellungen erscheint Putin als gesteuert von Ideen, wie sie von Iwan Iljin oder Alexander Dugin formuliert wurden. Doch zu den Philosophen, die Putin hochhält, gehören neben Iljin auch andere, weit weniger problematische Gestalten. Sieht man sein Denken in diesem Kontext, scheint es ihm weniger um imperiale Phantasien als um eine Art philosophisch-spirituelle Begründung autoritärer Herrschaft und einer besonderen Identität und Zusammengehörigkeit der vom orthodoxen Glauben geprägten slawischen Völker zu gehen. Sein eurasisches Projekt zielt nicht auf ein russisches Großreich, sondern auf eine alternative Wirtschaftsgemeinschaft zur EU, die natürlich auch einen engen politischen Zusammenhalt unter Führung Russlands begründen soll. Darüber hinaus verfolgt er ein Propagandaprojekt, um Liberalismus und Demokratie zu untergraben und die USA zu schwächen. In China sieht er einen engen Partner, um dieses Ziel zu verfolgen. Insbesondere die europäischen Länder sollen von der US-Orientierung abgebracht und in den Orbit Russlands gezogen werden. Dabei setzt er auf die Rechtspopulisten in Europa, bei denen er eine Verwandtschaft im Geiste erkennt und die er auch finanziell gefördert hat.

Es ist nicht klar, wieweit Putin mit der imperialen Ideologie sympathisiert, wie sie der von ihm verehrte Iljin vertreten hat. Wenn aber manche behaupten, der rechtsextreme Imperialist Alexander Dugin sei der ideologische Kopf hinter Putins Handeln, dann ist dies reichlich abwegig. Dugin ist ein Phantast, den Putin mit Sicherheit nicht ernst nimmt. Um ein ein [Zitat](#) von ihm anzuführen, das dies deutlich macht:

1 Z. B. geht Snyder sehr ausführlich auf den Philosophen Iwan Iljin ein, dessen Gebeine und Originalmanuskripte Putin nach Russland heimführen ließ. Er stellt zutreffend seine Nähe zu faschistischen Ideen heraus, doch erwähnt mit keinem Wort, dass Iljin, der als russischer Emigrant in Berlin lebte, schon bald nach Beginn der Nazi-Herrschaft ein Publikationsverbot erhielt, woraufhin er in die Schweiz übersiedelte (vgl. Wikipedia). Er lehnte den totalitären Charakter der Nazi-Herrschaft ab. Für Snyder ist ein solches, in dem Zusammenhang, den er herstellt, ja nicht gerade unwichtiges Detail, nicht einmal eine Erwähnung wert. Eine viel bessere Darstellung des Denkens der russischen Eliten bietet David Lewis: [Russia's New Authoritarianism](#) (ebenfalls frei zugänglich).

„Wir müssen zum Sein zurückkehren, zum Logos, zur Fundamentalontologie (Heideggers), zum Heiligen, zu einem neuen Mittelalter – und damit zum Reich, zur Religion und den Institutionen der traditionellen Gesellschaft (Hierarchie, Kult, Herrschaft des Geistes über die Materie usw.). Aller Gehalt der Moderne ist Satanismus und Degeneration. Nichts ist von Wert, alles muss weggewischt werden. Die Moderne ist vollkommen falsch – Wissenschaft, Werte, Philosophie, Kunst, Gesellschaft, Moden, Verhaltensmuster, 'Wahrheiten', Verständnis von Dasein, Zeit und Raum. Alles ist tot mit der Moderne. Daher muss diese enden. Wir werden sie beenden.“

Dugin ist zweifellos einflussreich in der russischen Gesellschaft. Doch bemerkenswert ist, dass er selbst (laut Wikipedia) noch 2014 sagte, Putin persönlich nicht zu kennen. Warum sollte sich Putin nicht für seinen angeblichen Vordenker, den großen Geostrategen interessiert haben, der doch wichtige Förderer bis in höchste Kreise hatte und dessen [Hauptwerk](#) bereits 1997 erschienen ist und an russischen Militärakademien im Gebrauch war?

Es wäre daher angebracht, den wilden Nationalismus der „nützlichen Idioten“ (Lenin), die mit ihren Größenphantasien und Feindbildern von den unschönen Realitäten Russlands, von der Korruption, dem Mangel an Demokratie und dem Versagen bei jeder ernsthaften Reformpolitik ablenken, von dem zu unterscheiden, was Putin tatsächlich denkt. Letzteres sollte man an seinem Handeln und seinen eigenen Worten festmachen.

Wer dies ernsthaft tut, muss Gleichsetzungen von Putin mit Hitler entschieden zurückweisen, wie sie heute oft allzu leichtfertig in die Diskussion gebracht werden. Damit wird nur ein verzerrtes Feindbild gezeichnet, das weder erlaubt, die Ursachen des gegenwärtigen Krieges zu verstehen, noch dazu beiträgt, einen einigermaßen kühlen Kopf zu bewahren, um realistisch über einen Ausweg aus der Gewalteskalation nachdenken zu können.

Richtig ist aber, dass die politische Klasse in Russland und Putin persönlich die Gegenwart immer noch aus einer Perspektive betrachten, die von der imperialen Vergangenheit des Landes geprägt ist. Das impliziert auch eine Neigung zum Revisionismus, zu dem Sabine Fischer im Zusammenhang einer [Untersuchung](#) der russischen Politik in verschiedenen Konflikten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion m. E. sehr zutreffend geschrieben hat (S.9, wie auch alle weiteren Zitate von mir übersetzt):

„Eher als einem revisionistischen Masterplan zu folgen, betreibt Moskau einen 'selektiven Revisionismus', der von seinen eigenen Interessen wie den spezifischen Konfliktkonstellationen bestimmt wird.“

Russland will seine Einflussphäre sichern, indem es in den Ländern in seiner Peripherie eine eigenständige Politik zu verweigern sucht, wo diese auf eine Annäherung an den Westen hinausläuft. Es sieht sich dabei allerdings als eine Macht des status quo, und wirft den USA vor, eben diesen zu untergraben.

Dazu nochmals ein Zitat von S. Fischer (S. 10f):

"Moskau hat lange beklagt, dass die Spaltungen des Kalten Krieges in Europa fortbestanden haben - ja sich zu seinem Nachteil nach Osten verschoben haben - statt dass Einheit und Sicherheit für alle geschaffen wurde. Mit Bezug zu der beanspruchten Position als internationaler Großmacht und historischen Vormacht im postsowjetischen Raum beansprucht Russland die Rolle als 'natürliches Integrationszentrum' der Region. Die Expansion des Einflusses des Westens wird als direkte Bedrohung der 'privilegierten Interessen' Russlands gesehen. Wie Fedor Lukyanov erklärt, hat der Westen in den Augen der politischen Elite Russlands seit dem Schlussakte von Helsinki einen ideologischen, werte-basierten Revisionismus betrieben: 'Der Westen wechselte zu einem Kurs der beschleunigten Ideologisierung (wertebasierter Ansatz) und einem de facto Revisionismus. Es ging weniger darum, die geopolitischen Grenzen in Frage zu stellen, vielmehr wurde das sozio-politische Modell des Gegners herausgefordert...Der Westen beansprucht, den Status quo zu verteidigen, doch versteht dies als unablässige Expansion seiner eignen Einflussphäre, weil in seinen Augen Ordnung gleichbedeutend mit der schrittweisen Ausbreitung des liberalen Modells ist'. Um darauf zu reagieren und seine Einflussphäre zu verteidigen, sehe sich Russland als führende Macht Eurasiens von Zeit zu Zeit gezwungen 'genau jene unabänderlichen Regeln zu brechen, die vor vierzig Jahren formuliert wurden (in der Schlussakte von Helsinki)'."

Lukyanov, der hier von Fischer zitiert wird, ist eine führende Stimme Russlands zu außenpolitischen Fragen. Natürlich steht der Anspruch Russlands auf eine Einflussphäre umgebender Länder, denen es die

Zuwendung zu einem liberalen Modell und westlichen Bündnissen verweigern will, in direktem Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht souveräner Staaten, das Russland selbst völkerrechtlich anerkannt hat.

Sehr oft wird zurecht auf den [Schlüsseltext](#) von Putin zum Verhältnis zwischen Russland und Ukraine aus dem letzten Jahr verwiesen. Es ist wirklich empfehlenswert, diesen Text zu lesen. Leider wird meist nur das zitiert und oft auch falsch interpretiert, was bestehende Vorurteile zu bestätigen scheint. Doch wichtig ist, auch Aussagen zur Kenntnis zu nehmen, die den kriegshysterischen Feindbildern im Westen widersprechen. Dazu zählt diese Passage des Textes:

„Die Dinge ändern sich: Länder und Gemeinschaften sind keine Ausnahme. Natürlich kann ein Teil eines Volkes im Prozess seiner Entwicklung, beeinflusst von vielen Gründen und historischen Umständen, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt als einer eigenständigen Nation bewusst werden. Wie sollen wir damit umgehen? Darauf gibt es nur eine Antwort: mit Respekt!

Ihr wollt einen eigenen Staat begründen: einverstanden! Doch was sind die Bedingungen? Dazu möchte ich an eine Einschätzung erinnern, die von einer der prominentesten Persönlichkeiten des neuen Russlands stammt, vom Oberbürgermeister von Sankt Petersburg, Anatoly Sobchak. Als ein juristischer Experte, der glaubte, jede Entscheidung müsse rechtlich begründet sein, vertrat er 1992 folgende Meinung: Die Gründungsrepubliken der Union, die nun den Unionsvertrag von 1922 aufgekündigt hätten, müssten zu den Grenzen zurückkehren, die sie vor dem Beitritt zur Sowjetunion hatten. Alle anderen territorialen Erwerbungen seien Gegenstand von Diskussionen, von Verhandlungen, da die Grundlage (ihres Erwerbs) aufgehoben worden sei. Mit anderen Worten, wenn Du gehst, dann nimm mit, was Du mitgebracht hast.“

Was Putin mit dieser Aussage meint, kann man verstehen, wenn man sich die Karte auf S. 19 in diesem (frei zugänglichen) [Buch](#) von 2016 über den Konflikt zwischen Russland und Ukraine ansieht. Diese Karte und den damit verbundenen territorialen Anspruch Putins auf die Gebiete, die erst mit dem Unionsvertrag von 1922 bzw. 1954 (Krim) zur Ukraine kamen, kann man leicht auch kritisieren. Der kurzzeitig zwischen 1917 und 1922 bestehende autonome ukrainische Staat hatte Grenzen, die eher mit denen der heutigen Ukraine übereinstimmten. Vor allem aber hat die heutige Ukraine schon eine 30-jährige Geschichte, die Putin damit einfach wegwischt. Nicht zu bestreiten ist, dass es zuvor eine stabile Ukraine mit klaren Staatsgrenzen ähnlich den heutigen nie gegen hat, und dass die Bevölkerung im Osten der Ukraine sprachlich wie kulturell stark nach Russland orientiert war - bis zum Ausbruch des heutigen Krieges, der dies wohl nachhaltig verändert hat. Die Ukraine ist von einem tiefen politischen und kulturellen Gegensatz zwischen ihren östlichen und ihren westlichen Landesteilen geprägt (dazu kann man sich in dem oben verlinkten Buch gut informieren).

Putins Ansprüche lassen sich gewiß aus guten Gründen bestreiten, doch kann man vor dem Hintergrund der russischen Geschichte durchaus auch ein gewisses Verständnis für sie aufbringen. Zumindest sollte einem klar sein, dass die Donbas-Region, das Zentrum der sowjetischen Industrialisierung, aufgrund ihrer Erzvorkommen immer noch von größter Bedeutung für die russische Rüstungsindustrie ist. Und dass die Krim als Basis der Schwarzmeerflotte große strategische Bedeutung für Russland hat. Die Vorstellung, dass der Westen, die NATO, solche strategisch wichtigen Territorien, die auch von großer historischer Bedeutung für Russland sind, kontrollieren könnte, ist für das Regierungs- und Sicherheitsestablishment Russlands schlichtweg unerträglich. Die Russen denken hier nicht in Kategorien der Souveränität selbständiger Staaten, sondern in Kategorien der Einflusszonen von und Machtverschiebungen zwischen Großmächten. Und natürlich tun dies auch die Amerikaner. Für Russland könnte darüber hinaus von strategischem Interesse sein, sich angesichts der Klimapolitik, des erklärten Ziels eines Ausstiegs aus fossilen Energieträgern, eine andere wichtige Ressource sichern, nämlich einen Teil der überaus fruchtbaren Böden der Ukraine, die sich angesichts weltweitem Bevölkerungswachstums und klimabedingter Instabilität der Nahrungsmittelversorgung als von enormem Wert erweisen könnten.

Russland hat die Staatsgrenzen der Ukraine - im Gegenzug zu deren nuklearen Abrüstung - völkerrechtlich anerkannt. Der Rechtsstandpunkt, auf den Putin sich stellt, ist allerdings, dass dieser Vertrag unter einer falschen Voraussetzung abgeschlossen wurde und daher nichtig sei. Auch wenn die NATO dies nie offiziell zugesichert hat, war man in Russland der Meinung, man hätte eine Vereinbarung, dass die NATO sich nicht in Richtung Osten erweitern werde, also die Einflussphäre Russlands gewahrt bleibe. Aus Putins Sicht war sein Anspruch auf den Osten der Ukraine der angemessene Preis dafür, dass man die übrige Ukraine nach Westen ziehen lässt. Natürlich haben sich die Ziele Russlands mit dem Entschluss zur Invasion nochmals

verändert. Jetzt ging es darum, die Ukraine wieder voll in die russische Einflussosphäre zu integrieren, eine Marionettenregierung zu installieren und jeden Widerstand gegen eine solche Politik zu zerschlagen. Hätte man damit Erfolg gehabt, wäre man natürlich ermutigt gewesen, mit der „selektiv revisionistischen“ Politik bei entsprechendem Anlass auch noch weiter zu gehen, hätte sich Moldawien oder Weißrussland (etwa nach einem Ende der Herrschaft Lukaschenkos) zuwenden können. Aber die Vorstellung, dass Russland es mit seinem imperialen Traum so weit getrieben hätte, einen Angriff auf die NATO-Staaten im Baltikum oder auf Polen zu riskieren, ist als abwegig anzusehen.

Putin ist kein Ideologe, der mit Mitteln des Angriffskriegs ein russisches Großreich errichten will. Er sieht sich als Vertreter legitimer russischer Großmachtinteressen, die vom Westen bedroht werden. Er fühlt sich im Recht, gegen diese Bedrohung, wenn nötig auch mit gewaltsamen Mitteln, vorzugehen. Die Position Putins und erst recht sein Vorgehen sind völlig inakzeptabel, aber nicht mit denen der aggressiven Imperialisten auf der extremen Rechten in Russland zu verwechseln, die es durchaus reichlich gibt und die im russischen Diskurs nicht ausgegrenzt werden, sondern eine anerkannte und wichtige Stimme bilden. Es könnte Schlimmeres kommen als Putin. Dass Putins Sichtweise nicht mit dem der aggressiven Imperialisten übereinstimmt, lässt sich allein schon daran ablesen, dass Alexander Dugin seine Position als Professor an einer renommierten Moskauer Universität verloren hat, als es dort zu Protesten wegen seiner blutrünstigen Äußerungen im Zusammenhang mit Ereignissen des Donbas-Konflikts kam. Wäre er wirklich ein Vordenker Putins, wie vielfach behauptet wurde, wäre ein solcher Vorgang undenkbar gewesen.

Die US-Politik

Es war der Eigendynamik der amerikanischen Innenpolitik zu verdanken, dass der Westen sich über die Bedenken vieler hochrangiger Sicherheitsexperten, darunter auch vieler „Falken“, gegen die NATO-Osterweiterung hinweggesetzt hat, Bedenken, die der damals schon hochbetagte George Kennan in den 1990er Jahren in der New York Times so formulierte:

Eine NATO-Osterweiterung wäre „...der schicksalhafteste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach Ende des Kalten Krieges. Von einer solchen Entscheidung wäre zu erwarten, dass sie die nationalistischen, anti-westlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinungsbildung anheizt; nachteilige Folgen für die Entwicklung der russischen Demokratie hat; eine Atmosphäre des Kalten Krieges in den Ost-West-Beziehungen wiederherstellt und die russische Außenpolitik in Richtungen treibt, die uns gewiß nicht gefallen werden.“

„Natürlich wird es eine üble Reaktion von Russland geben, und dann werden (die Nato-Erweiterer) sagen, dass sie uns ja schon immer erklärt hätten, dass die Russen so seien - doch das ist einfach falsch.“

Auch als der Ukraine von G. W. Bush die Aussicht auf eine künftige NATO-Mitgliedschaft eröffnet wurde, trotz europäische Bedenken, erfolgte dies entgegen dem ausdrücklichen Rat der Sicherheitsexperten in den USA. Dies schilderte erst kürzlich Fiona Hill in der NYT, die Bush von dieser unglücklichen Entscheidung nicht hatte abbringen können. Man konnte wissen wie Putin, ja wie das gesamte russische Regierung- und Sicherheitsestablishment tickt, war aber so überheblich, dies einfach zu ignorieren.

Gewiß war die NATO-Osterweiterung nicht als aggressive Politik gedacht. Sie erfolgte erst auf starkes Drängen der Staaten, die sich davon aus verständlichen Gründen eine Absicherung gegen ihren übermächtigen Nachbarn versprachen. Anfangs war Russland auch gar nicht alarmiert, ja es gab Gedankenspiele - sogar von Putin - dass selbst Russland NATO-Mitglied werden könnte. Aber dies änderte sich sehr grundsätzlich, als ein anderes Element der amerikanischen Politik immer mehr in den Vordergrund trat und als Bedrohung des russischen Herrschaftssystems angesehen wurde: Die "regime-change" Pläne der Amerikaner in verschiedensten Teilen der Welt, teilweise mit Gewalt (Irak, Libyen) teilweise mit "soft-politics", einer von Politikwissenschaftlern ausformulierten Strategie der Förderung von Demokratie. Diese hat etwa der englische Politikwissenschaftler David Lane 2008 im Zusammenhang mit der ukrainischen [Orange Revolution](#) von 2004 beschrieben:

„Bei der Machtpolitik der „weichen“ Art geht es nach Joseph S. Nye (2004) darum, statt militärischer Mittel die „Anziehungskraft“ der dominierenden Macht zu nutzen, um Ziele zu erreichen... Die Förderung inneren Wandels durch die Manipulation von Normen und Werten der Bürger ist dabei die Hauptstrategie...Das

beinhaltet, Wahlen zu beeinflussen und die Parteien zu unterstützen, die von den Führern des Westens gut geheißen werden. Nach derselben Logik werden diejenigen in den betroffenen Ländern, die aufgrund der westlichen Politik verlieren, sich gegen die Verbreitung fremder Werte wenden und ihre Helden woanders suchen (in diesem Fall in Russland). Die Orange Revolution in der Ukraine führte nicht zu einer demokratischen Revolution. Die Resultate von Meinungsumfragen und die Aussagen in Tiefeninterviews zeigen, dass das Ergebnis kein Schritt zu mehr Demokratie war, sondern Enttäuschung, die zu Desillusionierung führte.“

"Die Daten, die in diesem Beitrag präsentiert werden, widersprechen der verbreiteten Sichtweise...dass die Orange Revolution ein von der Zivilgesellschaft ausgelöstes Ereignis war. Solche Positionen unterschätzen völlig den Einfluss von Organisationen, die von Sponsoren geleitet werden, und die Schwäche autonomer Organisationen der Zivilgesellschaft. Sicherlich spielten diese eine Rolle bei der sozialen Mobilisierung, doch es handelte sich dabei um eine von oben nach unten motivierte Bewegung, inspiriert von der Führung von NGOs (wie der Jugendorganisation Pora), nicht ein spontaner Ausdruck der Macht des „Volkes“. Die Mitgliedschaft in Vereinigungen der Zivilgesellschaft ist in der Ukraine eine der niedrigsten in Europa, mit 84% der Bevölkerung, die 2005 in keiner Organisation Mitglied waren - weniger als im Jahr 1994."

Ergänzend ist noch auf die wichtige Rolle von pro-westlich orientierten Oligarchen zu verweisen, die aufgrund ihrer Medienmacht enormen Einfluss hatten und vor allem von Wirtschaftsinteressen motiviert waren.

Die „soft politics“ des Westens haben sicher zur Westorientierung der Ukraine beigetragen und auch die Entwicklung der Zivilgesellschaft unterstützt, die sich bei den Maidan-Protesten dann stärker zu Wort meldete. Der amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer [schrieb](#) 2014, also kurz nach den Maidan-Ereignissen:

"Victoria Nuland, U.S. assistant secretary of state für Europäische und Eurasische Angelegenheiten, schätzte im Dezember 2013, dass die Vereinigten Staaten seit 1991 mehr als 5 Milliarden Dollar investiert hätten, um der Ukraine zu der 'Zukunft, die sie verdient' zu verhelfen. Als Teil dieser Anstrengungen unterstützte die US-Regierung die gemeinnützige Stiftung National Endowment for Democracy. Diese finanzierte (laut Wikipedia mit 3,5 Mio. \$) 60 Projekte mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft in der Ukraine zu fördern, und der Präsident der NED, Carl Gershman, nannte dieses Land 'den größten Preis'. Nachdem Janukowitsch 2010 die ukrainische Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, entschied die NED, dass er ihre Ziele untergraben würde und verstärkte ihre Anstrengungen, die Opposition zu unterstützen und die demokratischen Institutionen des Landes zu stärken“ .

Frau Nuland ist eine interessante Person, da ihre direkte Einflussnahme auf die Besetzung zentraler Regierungsposten nach dem Sturz Janukowitschs (wohl von den Russen) abgehört und öffentlich gemacht wurde, inklusive ihres „Fuck the EU“, das für einige diplomatische Irritationen sorgte. Die genannten Geldsummen mögen nicht übermäßig groß erscheinen, doch sollte berücksichtigt werden, dass ihre Kaufkraft in der Ukraine aufgrund der Währungsrelationen sehr hoch war und dass natürlich auch noch Gelder aus Europa flossen.

Es sollte klar sein, dass die westlichen Aktivitäten, die Ukraine in Richtung einer Westorientierung zu beeinflussen und dort direkt auch die Regierungsbildung zu beeinflussen, den Russen gar nicht gefallen konnten. Das russische Regime sah sich selbst durch solche Aktivitäten bedroht und ging deshalb auch gegen westliche NGO's in Russland vor und entwickelte seine eigene Propagandastrategie, um in westlichen Ländern Zwietracht zu sähen und Einfluss zu gewinnen.

Ernüchternde Realitäten in der Ukraine

Es gab einen tiefen Konflikt innerhalb der zersplitterten ukrainischen Eliten über die politische Orientierung des Landes - nach Osten oder nach Westen. Vorwürfe von und Hinweise auf Wahlfälschungen, die Auslöser der Orange-Revolution waren, gab es in beide Richtungen, wenn auch wahrscheinlich ist, dass Janukowitsch der größere Fälscher war, der Protest gegen ihn seine gute Berechtigung hatte. Doch den entscheidenden Gruppen in der Ukraine (Oligarchen, Politiker), die diesen Protest mit anheizten, ging es nicht um Demokratie, Bekämpfung der Korruption und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung. Nach der Orange-Revolution gab es keinerlei ernsthafte Anstrengungen, hierbei voranzukommen. Sicher gab es gebildete Gruppen in den großen Städten, die nicht nur ein Interesse an

Westorientierung, sondern darüber hinaus an echten liberalen Reformen hatten, aber bis heute blieben Parteien und Gruppierungen, die solche Ziele glaubhaft vertreten, klein und unbedeutend. Den entscheidenden Leuten ging es vor allem um Geschäftsinteressen und Interesse an den Geldern, die man vom Westen erwarten konnte. In der breiten Bevölkerung waren die Proteste vor allem ein Ausdruck der großen Unzufriedenheit mit erbärmlichen Lebensbedingungen, hoher Arbeitslosigkeit und der Korruption der herrschenden Eliten. Auf der Rechten spielten auch starke anti-russische Einstellungen eine große Rolle. Die Westorientierung war ein großes populistisch nutzbares Symbol der Hoffnung auf Veränderungen, das bestimmte Fraktionen der Elite einsetzten, um in der Konkurrenz mit anderen Fraktionen die Oberhand zu bekommen. Die Stimmung in der Bevölkerung war zwar pro-europäisch, doch das stand - wie die von Lane ausgewerteten Umfragedaten zeigen - nicht im Widerspruch dazu, dass eine Mehrheit dennoch auch ein Bündnis mit Russland wünschte. Die Ostbindung stand dabei symbolisch für den Wunsch nach einer politischen Ordnung, die traditionelle Werte und jene Art der sozialen Sicherheit versprach, wie man sie noch aus der Sowjetzeit kannte. Diese Sicherheit war nach dem Zerfall der SU völlig verloren gegangen, doch traditionellere Gruppen, vor allem im Osten und auf dem Lande, wünschten sie sich zurück. Sie hatten von einer Westorientierung eher weitere Unsicherheit zu erwarteten und konnten sich inzwischen wieder ein positiveres Bild von Russland machen, da dort nach Putins Machtantritt ja wieder Ordnung herrschte und die Wirtschaft dank steigender Rohstoffpreise ein kräftiges Wachstum verzeichnete. Auch standen sie den westlichen Werten kritisch gegenüber, da diese traditionellen Einstellungen widersprachen (nicht freie Homosexualität, sondern Kirchenorientierung usw.).

Die Maidan-Proteste 2013/14 erreichten eine andere Qualität als die Orange-Revolution. Präsident Janukowitsch hatte die Unterzeichnung eines schon ausgehandelten Assoziationsabkommens mit der EU verweigert - sicher auf Betreiben Putins -, was einen Studentenprotest auslöste, auf den die Sicherheitskräfte sehr gewaltsam reagierten. Erst diese Gewalt löste eine breite Bewegung aus. Der Maidanplatz wurde über Monate (im Winter!) besetzt. Die starke Einflussnahme Russlands auf die ukrainische Politik und die Rücksichtslosigkeit und Korruption der herrschenden Clique, vor allem aber der Versuch, die Proteste mit Gewalt zu unterdrücken, lösten bei sehr vielen Menschen größte Empörung aus. Es entzündete sich ein identitätsstiftender Kampf um Freiheit mit einer enormen Mobilisierung der Bevölkerung. Als Heckenschützen mehr als 100 Demonstranten umbrachten, verlor Janukowitsch jede Unterstützung auch im eigenen Apparat und floh nach Russland.

Ein starkes Motiv für die Maidanproteste wie für die Westorientierung war die Hoffnung auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, vor allem mit dem Ziel, die Korruption zu bekämpfen. Die darauffolgende Entwicklung ging jedoch nur sehr begrenzt in diese Richtung, stattdessen vor allem in Richtung eines aufgeheizten anti-russischen Nationalismus. Der primäre Grund dafür war natürlich die Reaktion Russlands auf den (tatsächlich nicht verfassungsgemäß vollzogenen) Sturz Janukowitschs, der als vom Westen inszenierter Putsch angesehen wurde. Es kam zur Annexion der Krim und der Anstachelung und Unterstützung der Abspaltung von zwei Gebieten in der Donbas-Region, die die neue Regierung nicht anerkannten. 2014/15 löste dies einen Krieg im Donbas aus, da die Separatisten, von russischen Kräften unterstützt, das von ihnen kontrollierte Gebiet ausweiten, die mit der neuen Regierung verbundenen Ukrainer dies zurückerobern wollten. Nur ein (verdecktes) massives Eingreifen der russischen Armee verhinderte einen Sieg der ukrainischen Armee. Danach fraß sich der Konflikt fest, bei einem weit geringeren Maß an Kampfhandlungen und Opferzahlen. Wiederholt scheiterte ein ausgehandelter Waffenstillstand am mangelnden Willen beider Seiten, sich an die Vereinbarungen zu halten, wobei die Verstöße aus den Separatistengebieten wohl gravierender waren.

Doch auch aus innenpolitischen Gründen blieb der anti-russische Nationalismus zur Zeit der Regierung Poroschenko von sehr großer Bedeutung. Die zersplitterten oligarchischen Clans, die in großem Umfang Wirtschaft und Medien kontrollierten, hatten kein Interesse an liberalen Reformen und befeuerten mit ihren Fernsehsendern und den von ihnen gekauften Politikern lieber den [Nationalismus](#), obwohl dieser die Konfrontation mit Russland sehr unversöhnlich machte (vgl. dazu die Zusammenfassung typischer Sichtweisen in einer [Studie](#) von S. Fischer, S. 20ff, deutsch). Dass ein großer Teil der Bevölkerung sich davon auf Dauer nicht beeinflussen ließ, zeigte sich an dem dramatischen [Absturz](#) Poroshenkos, der trotz westlicher Unterstützung die Wahl 2019 krachend verlor. Der extreme Nationalismus, auf den er setzte, stieß zunehmend auf Ablehnung, insbesondere in der russischsprachigen Bevölkerung, und Meinungsumfragen zeigten wieder eine deutlich positivere Sicht Russlands. Eine wichtige Rolle dafür dürfte allerdings auch gespielt haben, dass die Oligarchen aufgrund einer sich (nach einer schweren Krise infolge der weitgehenden

Abkoppelung von den Wirtschaftsverbindungen mit Russland) allmählich verbessernden Wirtschaftslage das Interesse an der Westbindung verloren. Eine Annäherung an die EU war für sie mit der Gefahr verbunden, dass der Druck in Richtung ernsthafter Reformen und einer wirklichen Korruptionsbekämpfung steigen könnte. Sie nutzten daher ihre Medienmacht, um ein kritischeres Bild des Westens zu zeichnen und Poroschenko zu schaden, der zumindest einige Ansätze der Korruptionsbekämpfung auf den Weg gebracht hatte.

Selenskyj siegte mit einem Programm, den Krieg in der Ostukraine zu beenden und gegen die Korruption vorzugehen. Um das erste Ziel zu erreichen, hätte er Zugeständnisse an Russland machen müssen, die von den Nationalisten, auch in den Reihen seiner eigenen Unterstützer, als Verrat betrachtet worden wären. Er konnte daher nicht liefern. Was die Korruptionsbekämpfung anlangt, war er offensichtlich nicht wirklich motiviert. Immerhin war Selenskyj selbst - jedenfalls soweit man weiß -, nicht in korrupte Praktiken verstrickt, obwohl sein Auftauchen in den Panama-Papers ihn auch nicht als Saubermann erscheinen lässt (oder hatte ihn gar jemand mit verfänglichen Informationen in der Hand?). Anfänglich gab es in seiner Partei und seiner Regierung, die dank einer absoluten Mehrheit im Parlament im Grunde sehr handlungsfähig war, viele junge Leute, für die Korruptionsbekämpfung ein zentrales Thema war und die auch sehr schnell einige wichtige Reformen aufs Gleis setzten. Doch als Gegendruck von den Oligarchen kam, wechselte Selenskyj zur großen Enttäuschung aller Reformkräfte sehr schnell einfach das Personal aus und brachte stattdessen viele als korrupte kompromittierte Figuren wieder in entscheidende Positionen. Wie der auf Ukraine-Studien spezialisierte englische Politikwissenschaftler Andrew Wilson detailliert [analysiert](#) hat, bewegte sich die Ukraine dann während des größten Teils des Jahres 2020 genau in Gegenrichtung der Korruptionsbekämpfung. Der Einfluss der Oligarchen auf die Politik der Selenskyj-Regierung wuchs und vorherige Reformen dieser Regierung wie auch die, die zuvor unter Poroschenko zustande gekommen waren, wurden zurückgedreht. Wilson schrieb:

„Selenskyjs Verhalten folgte generell dem Muster, üblen Akteuren nichts entgegenzusetzen und unabhängige Reformer nicht zu unterstützen.“

Aus diesem Grund war es wenig glaubwürdig, als Selenskyj im Frühjahr 2021 plötzlich wieder eine Kehrtwende machte und mit starken Worten einen Kreuzzug gegen korrupte Oligarchen und deren Medienmacht ankündigte. Zuvor war nur ein Oligarch ins Visier der korrupten Justiz geraten, nämlich sein politischer Konkurrent Poroschenko. Die Reform der Justiz, die deren Korruption abstellen sollte, hatte Selenskyj blockiert, soweit er es konnte. Im Februar 2021 aber wurde der Angriff auf einen anderen Oligarchen eröffnet, Wiktor Medwedtschuk. Dieser war die zentrale Figur in der größten Oppositionspartei und ein persönlicher Freund Putins. Mit drei Fernsehsendern verbreitete er russische Propaganda und vertrat die Interessen vor allem der ostukrainischen Bevölkerung. Seine Partei verfolgte einen pro-russischen Kurs und legte in den Meinungsumfragen zu, auch wenn sie keine Chance hatte, mehrheitsfähig zu werden. Dass dieser bisher als unantastbar geltende Oligarch plötzlich beschuldigt wurde, Terrorismus in der Ostukraine zu finanzieren und seine Fernsehsender geschlossen wurden, war in den Augen vieler ein Bruch mit den bisherigen Spielregeln der ukrainischen Politik, die auf einer Art Balance zwischen west- und ostukrainischen Machtzentren beruhte. Den Hintergrund für Selenskyjs Schritt bildeten sowohl innenpolitische wie außenpolitische Entwicklungen: Innenpolitisch sah sich der Präsident mit fallenden Umfragewerten konfrontiert, so dass er ein starkes Motiv hatte, einen Hauptkonkurrenten und dessen Medienmacht frontal anzugreifen. Außenpolitisch waren die Friedensverhandlungen mit Russland gescheitert, so dass er wohl glaubte, auf russische Befindlichkeiten keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Vor allem aber war Ende 2020 in den USA die Biden-Regierung an die Macht gelangt, die ganz im Gegensatz zur Trump-Regierung sehr unzufrieden damit war, dass es bei der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine keine Fortschritte gab, und hier auf Ergebnisse drängte. Der Angriff auf Medwedtschuk konnte ihnen nicht nur als Vorgehen gegen einen korrupten Oligarchen verkauft werden, sondern auch als Kampf gegen russische Desinformation und Propaganda, was natürlich für die amerikanischen Demokraten ein sehr wichtiges Anliegen war.

Kurz nachdem Medwedtschuks Fernsehsender abgeschaltet worden waren, marschierten russische Truppen an der ukrainischen Grenze auf. Eine plausible [Hypothese](#) lautet, dass das Vorgehen gegen Russlands Interessenvertreter und Sprachrohr in der Ukraine, vor allem aber auch noch persönlichen Freund Putins, zum Auslöser für Putins Invasionspläne wurde. Nach meiner Einschätzung der Persönlichkeit Putins kann etwas, was er als persönlichen Angriff sieht, bei ihm große Wut und Rachsucht auslösen und ihn jede

Vorsicht vergessen lassen. Mit erscheint diese Hypothese daher sehr plausibel.

Zunächst beließ es Selenskyj beim Abschalten der Fernsehsender seines Opponenten und tastete dessen sonstiges Vermögen nicht an. Vielmehr suchte er angesichts des bedrohlichen russischen Truppenaufmarschs verstärkt um Hilfe bei den USA nach. Als aber wieder etwas Entspannung einzutreten schien, wurden Medwedtschuk und seine Frau des Hochverrats angeklagt und unter Hausarrest gestellt. Anzumerken ist, dass Selenskyj hier sehr direkt handelte. Die Abschaltung der Fernsehsender Medwedtschuks lief nicht etwa über die Justiz, sondern wurde im „National Security and Defence Council“ beschlossen, in dem er den Vorsitz hat und dessen Mitglieder er persönlich auswählt.

Angesichts der verstärkten Spannungen mit Russland war Selenskyj auf die Unterstützung der USA angewiesen. Damit musste er aber auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung liefern. Im Juni 2021 stellte er ein Anti-Oligarchen-Gesetz vor, das allerdings die Entscheidung, gegen wen warum vorzugehen sei, wieder nicht bei der Justiz, sondern in dem genannten Rat ansiedelte. Kira Rudik, Vorsitzende einer ukrainischen Partei, die glaubwürdig für einen liberalen Kurs und Korruptionsbekämpfung steht, [schrieb](#):

„Ich sehe die Anti-Oligarchen-Gesetzgebung als einen Griff nach der Macht, die sich hinter einer Sprache des politischen Populismus verbirgt.“

Dafür, dass es Selenkyj vor allem darum ging, politische Gegner auszuschalten und seine eigene, zunehmend [autoritär](#) ausgeübte Macht zu stärken, spricht auch, dass die ohnehin nur begrenzte [Pressefreiheit](#) immer mehr unter Druck kam. Allerdings gibt es auch freundlichere Interpretationen, die sein Handeln dadurch zu erklären versuchen, dass er mit großen Schwierigkeiten kämpfte, sich in einem politischen Umfeld zu behaupten, in dem viele Akteure Reformbemühungen mit allen Mitteln zu torpedieren suchten, wobei seine Unerfahrenheit, seine mangelnde Vernetztheit und seine Persönlichkeit nicht unbedingt hilfreich waren. Aber auch André Härtel, der ([hier](#), deutsch) eine solche Sicht vertritt, beschreibt ein sehr problematisches populistisches Verhalten:

(Bei) "Selenskyjs Personalpolitik, wenn es um die Besetzung von Ministerien und Spitzenposten in weiteren Institutionen geht, die der Präsident unmittelbar oder mittelbar kontrolliert... ist der häufige Austausch von Kadern, die teilweise nur wenige Monate im Amt bleiben, zur Gewohnheit geworden. Einige Ministerposten wie beispielsweise der des Wirtschafts- oder des Gesundheitsministers wurden schon dreimal neu besetzt. Im Juli 2021 wechselte der Präsident auf einen Schlag einen Großteil des Spitzenpersonals sicherheitsrelevanter Institutionen aus. Ein Grund für die Personalrochaden ist der populistische Reflex, andere für das Ausbleiben schneller Resultate oder effektiver Strategien verantwortlich zu machen und auf diese Weise die eigene Reputation zu schützen."

"Allgemein ist sein Politikstil konfrontativ und wenig diplomatisch. Das belegen auch die Auseinandersetzungen des Präsidenten mit »Lokalfürsten« wie etwa den Bürgermeister Vitali Klitschko (Kyjiw) und Borys Filatow (Dnipro) oder offen ausgetragene Fehden mit einflussreichen Medienvertretern. Das Vorgehen des Präsidenten geht dabei auf dessen Überzeugung zurück, ein in dieser Klarheit nie dagewesenes Mandat der Bevölkerung für seine Politik erhalten zu haben und daher keine Kompromisse mit anderen Akteuren schließen zu müssen."

Wenn Selenskyj denn entschieden eine Politik in der richtigen Richtung verfolgt hätte! Viel zu viel spricht dafür, dass er bei einer ausgeprägten Missachtung des [Rechtsstaats](#) vor allem motiviert war, die Macht in den eigenen Händen zu konzentrieren, bei rücksichtslosem Vorgehen gegen alle, die dem im Wege standen. Zweifellos hat er sich, als die russische Armee die Ukraine überfiel, als ein Held verhalten. Er hat das Angebot, sich in Sicherheit zu bringen, ausgeschlagen, seine Stellung in Kiev gehalten und mit allen Kräften die Verteidigung des Landes organisiert. Mit großem rhetorischem Talent hat er den Widerstand gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner motiviert. Doch all dies sollte nicht dazu verführen, ein verklärtes Bild von ihm und der ukrainischen Politik zu zeichnen und zu glauben, man habe es mit einem „lupenreinen Demokraten“ zu tun. Wenn wir uns nicht von seiner Rolle im Krieg blenden lassen, ergibt sich das Bild eines Politikers, der eher einem autoritären Populisten vom Typ Orbans entspricht als dem Ideal, das wir in einem Kampf gut gegen böse gerne sehen möchten.

Russlands Bedrohungsvorstellungen

Die Maidan-Bewegung führte zu einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung, teilweise auch mit demokratischen Zielen, auch wenn diese von der populistisch-autoritären und nationalistischen Regierungen von [Poroshenko](#) und zunehmend auch Selenskij [erstickt](#) zu werden drohten. Doch ein Ziel, die stärkere Westbindung, wurde erreicht. Damit verbunden war ein Druck des Westens in Richtung auf Reformen, der die Reformkräfte stärkte. Mit Amtsantritt der Biden-Administration wurde dieser Druck entschieden verschärft. Rechtsstaatliche und demokratische Reformen im Nachbarland waren aber für das autoritäre und korrupte russische Herrschaftssystem gefährlich. Man kann sich fragen, was für dieses System als größere Bedrohung erscheinen musste: die NATO vor der Haustüre oder eine Demokratie vor der Haustüre. Noch schlimmer musste freilich die Kombination von beidem erscheinen. In der Ukraine gab es in der jüngeren Vergangenheit immerhin ordentliche Wahlen, mehr Pressefreiheit als in Russland und eine echte Konkurrenz verschiedener Parteien. Trotz der mangelnden Entschlossenheit der Regierung hatten Initiativen der [Korruptionsbekämpfung](#), die nach dem Maidan institutionalisiert worden waren, Fuss gefasst und eine gewisse Wirksamkeit gezeigt. Und Russland hatte seinen Einfluss auf ein Land, das es seiner natürlichen Einflusszone zurechnete, ganz weitgehend verloren, vor allem als auch noch Medwedtschuk mit seiner Medienmacht als Oppositionsführer ausgeschaltet worden war.

Aus russischer Sicht war die Tatsache, dass der Westen in Demokratieförderung investiert und mit milliardenschweren Hilfen starke Anreize für eine Westorientierung gesetzt hatte, ein direkter Angriff auf russische Interessen. Putin, der sich zu Anfang seiner Regierungszeit sehr kooperativ gegenüber dem Westen gezeigt hatte, war zunehmend enttäuscht und fürchtete ähnliche Versuche, sein eigenes Regime zu stürzen. Der Osteuropaexperte Gerhard Magott [skizzierte](#) diese frühen Bemühungen, ein gutes Verhältnis zum Westen zu unterhalten, und kommt zum Schluss, dass sich die Russen schließlich betrogen fühlten.

Putin hatte schon früh formuliert, dass im Falle ihrer Westorientierung die Ukraine geteilt werden müsse. Der östliche Teil der Ukraine gehörte aus seiner Sicht aufgrund der dort vorherrschenden russischen Sprache und Kultur zu Russland - was immer die Leute dort dachten. Die ganz überwiegende Mehrheit in der Donbasregion wollte keine Abspaltung von der Ukraine, während auf der Krim wohl eine knappe Mehrheit tatsächlich für einen Anschluss an Russland war. Nach dem Sturz von Janukowitsch schritt er zur Tat: Russland besetzte die Krim und löste die separatistische Bewegung im Donbas aus, die dort allerdings nur in zwei Provinzen erfolgreich war. Aus russischer Sicht war der Maidan und der (tatsächlich nicht verfassungsgemäße) Sturz von Janukowitsch ein vom Westen initiiertes Putsch, eine Sichtweise, die auch von einem Großteil der ostukrainischen Bevölkerung - sicher von russischen Medien beeinflusst - geteilt wurde. Die von Separatisten kontrollierten Regionen erkannten die neue Regierung nicht an. Der Krieg, der daraufhin in der Ostukraine ausbrach, wurde von schriller Propaganda begleitet. Im russischen Fernsehen konnte man während der heißen Phase des Konflikts von Separatisten kontrollierte ostukrainische Städte sehen, die vom ukrainischen Militär zusammengeschossen wurden - ohne jede Rücksicht auf Zivilisten. Etwa 80 Prozent der zivilen [Opfer](#) waren in den Separatistengebieten zu beklagen. Dass es zu massiven Menschenrechtsverletzungen von beiden Seiten kam, wurde von Menschenrechtsorganisationen immer wieder beklagt. Gleichzeitig wurde in der Ukraine der öffentliche Gebrauch der russischen Sprache unterdrückt (auch der der ungarischen, was zu einem Zerwürfnis mit Ungarn führt). Nazi-Kollaborateure und Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs wurden zu nationalen Helden erklärt, während an der Front ganz offiziell geschlossene Einheiten neonazistischer Organisationen operierten. Im anti-russischen Nationalismus der Ukraine spielten [Neonazigruppen](#) eine alles andere als unbedeutende Rolle, obwohl rechtsradikale Parteien bei den Wahlen bald völlig bedeutungslos blieben - was wohl auch einfach mit dem zunehmend radikalen Nationalismus der etablierten Parteien zusammenhing. Es gab also durchaus Gründe, warum die russische Propaganda, trotz aller Lügen und Verzerrungen, bei der russischen - und auch Teilen der ukrainischen - Bevölkerung verding - völlig substanzlos war sie nicht. Die ukrainische Armee wurde vom Westen massiv militärisch ausgerüstet und trainiert, womit die Chancen stiegen, die Separatistengebiete und die Krim zurückerobern zu können. Eine EU-Sicherheitsexpertin äußerte (bei Lanz), dass die ukrainische Armee bald das Niveau von NATO-Truppen erreicht hätte, und dass dies von Russland als unmittelbare Bedrohung angesehen wurde, auf die es aus seiner Sicht rechtzeitig zu reagieren galt.

Zur gegenwärtigen Lage - ein vorläufiges Fazit

Militärexperten waren übereinstimmend der Meinung, Putin hätte einen Blitzkrieg geplant. Auch Fiona Hill, einst führende US-Sicherheitsexpertin für Russland (bis sie von Trump gefeuert wurde), teilte zunächst diese

Einschätzung, korrigierte sich dann aber und sagte, geplant war wohl eher, durch einen massiven Einmarsch jenen Effekt zu erzielen, den die Sowjetunion einst in der Tschechoslowakei und in Ungarn erreichte: ein Schock und das Gefühl, dass Widerstand zwecklos ist. Die Sache lief in jedem Fall völlig anders als geplant. Und die Eskalation des Krieges zeigt nun die Brutalität der russischen Kriegsführung, die sich auf einem anderen technischen und zivilisatorischen Niveau bewegt als die Kriegsführung westlicher Staaten - jedenfalls seit die Proteste gegen die Gräueltaten des Vietnam-Krieges und die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit die westlichen Verhaltensstandards deutlich angehoben haben. Putin deswegen zu verteufeln, hilft hier nicht weiter. Es hilft vor allem auch nicht dabei, einen Weg zum Frieden zu finden, der doch aller Wahrscheinlichkeit nach voraussetzt, sich irgendwie mit Putin zu einigen.

Dieser Krieg entsprach sicher keiner lang gehegten Absicht Putins. Nichts in seiner langen Regierungszeit spricht dafür, dass er einen hochriskanten Kurs imperialer Eroberungspolitik verfolgt hätte. Der Krieg hat sich aus einer zuerst politischen, dann auch militärischen Eskalationsspirale entwickelt, die einen langen Vorlauf hatte, und an der der Westen wie auch Kräfte in der Ukraine kräftig mitgedreht haben. Natürlich ist seine letzte Ursache das furchtbare Herrschaftssystem in Russland und auch die Person Vladimir Putin. Nichts kann den Überfall auf ein souveränes Land rechtfertigen. Aber man kannte Putin, kannte dieses Regime, und hat dennoch aus falsch verstandenem demokratischem Sendungsbewusstsein, großer Überheblichkeit und schierer Dummheit immer weiter provoziert, statt die klaren Warnungen, die aus Russland wie von Seiten der eigenen Sicherheitsberater kamen, ernst zu nehmen.

Heute sollte es um die Einsicht gehen, dass Putin zwar mit der für ihn typischen Brutalität vorgegangen ist, dabei aber aus seiner Sicht durchaus legitime russische Interessen verteidigt hat. Natürlich lässt sich seine Position weder moralisch noch völkerrechtlich rechtfertigen. Doch die realpolitische Frage, die sich stellt, ist, ob das Beharren auf dem westlichen moralischen und rechtlichen Standpunkt die Eskalation in einen solchen Krieg wert war. Und heute: wieweit besteht die Bereitschaft, Putin Zugeständnisse zu machen, um möglichst schnell zu einem Frieden zu gelangen.

Kein verzerrtes Feindbild hochzuhalten, sondern eine nuancierte Sicht zu vertreten, die auch westliche Fehleinschätzungen und Fehler eingesteht und ein gewisses Verständnis für die Sicht Putins durchblicken lässt, könnte ein wichtiges psychologisches Moment für den Erfolg von Verhandlungen sein. Dies setzt aber auch eine kritische Distanzierung vom ukrainischen Nationalismus voraus. In der heutigen Situation müssen Waffen geliefert werden, um der Aggression Putins entgegenzutreten. Doch bedingungslos immer weiter Waffen zu liefern und alle Verhandlungen den Ukrainern zu überlassen, könnte sich als der Weg in eine weitere gefährliche Eskalationspolitik erweisen, die hohe Prinzipien über politische Klugheit stellt.

Putin ist in einer Situation gefangen, aus der er nicht ohne vorzeigbaren Erfolg wieder heraus kann. Er kann sich nicht leisten, den Krieg zu verlieren. Wenn er militärisch zu sehr in die Enge getrieben wird, wird die Gefahr groß, dass er weiter eskalieren wird. Die Ukrainer können daher nicht gewinnen, sondern Putin allenfalls hindern, seine maximalen Kriegsziele zu erreichen. Sie können verhindern, dass Russland gewinnt. Wenn sie klug sind und vermeiden wollen, dass es zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf ukrainischem Territorium kommt, dann werden sie begreifen, dass sie den Frieden nicht durch einen Sieg erringen können, sondern nur durch die Bereitschaft, rechtzeitig ernsthaft zu verhandeln und auch einen hohen Preis für den Frieden zu bezahlen. Lässt der durch den Krieg noch viel stärker aufgeheizte ukrainische Nationalismus eine solche Sicht überhaupt zu? Kann es im europäischen Interesse liegen, ein Vabanquespiel der Ukrainer ohne wenn und aber mitzumachen?

Das wahrscheinlichste Szenario ist ein militärisches Patt, bei dem beide Seiten, ohne noch nennenswerte Geländegewinne erzielen zu können, sich solange weiter schwächen, bis die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen groß genug wird. Die würden auf die Anerkennung des dann erreichten Frontverlaufs als Staatsgrenzen hinauslaufen. Der Westen kann durch Sanktionen die Kosten des Krieges für Putin hochtreiben und ihn damit schneller zu Verhandlungen bewegen, aber nicht zur Beendigung des Krieges zwingen. Das Angebot, die Sanktionen weitgehend auch wieder zurückzuschrauben, könnte ein wichtiges Verhandlungsangebot an Putin sein. Auf der anderen Seite muss die durch ernsthafte Schritte unterstrichene Drohung stehen, ein vollständiges und dauerhaftes Energieembargo umzusetzen. Doch von vornherein zu sagen, man werde aus allen Energieimporten von Russland vollständig und dauerhaft aussteigen, ist keine gute Strategie. Energiepolitisch wird damit ein unsinniger Schritt rückwärts festgeschrieben, da alle Alternativen - etwa Flüssiggas und vermehrter Kohleeinsatz -, für die Umwelt sehr ungünstig sind. Auch

droht die angestrebte Energiewende ohne Importe von dafür wichtigen Rohstoffen aus Russland sehr teuer und schwierig zu werden. Vor allem aber gibt man damit ohne Not einen wichtigen Hebel bei den Verhandlungen aus der Hand. Wenn Russland wirtschaftlich nichts mehr zu verlieren hat, drückt man das Land damit an die Wand und erhöht die Risiken einer Eskalation des Krieges.

Die Ukraine könnte möglicherweise ernsthafte Verhandlungen und einen Frieden relativ schnell erreichen, wenn sie eine klare Bereitschaft zu Gebietsabtretungen signalisiert. Nur sind sie dazu offenbar überhaupt nicht mehr bereit. Also wird zunächst der Krieg entscheiden, wer seine Ziele eher erreichen kann. Sollten sich die Ukrainer dabei als militärisch erfolgreich erweisen und alles auf Sieg setzen, wird es allerdings erst richtig gefährlich. Bevor er eine völlige militärische Niederlage und den Verlust von Donbas und Krim hinnimmt, könnte Putin zum Einsatz taktischer Atomwaffen übergehen. Was wird der Westen dann tun? Direkt in den Krieg eingreifen? Ebenfalls taktische Atomwaffen einsetzen? Was bleibt dann von der Ukraine übrig? Oder wird man nur geschockt zusehen und abwarten, was dann geschieht? Russland direkt anzugreifen, wird man nicht wagen. Die Gefahr eines großen Atomkrieges wäre zu groß.

Sollte keine Seite einen dauerhaften militärischen Erfolg erzielen, könnte ein fanatischer ukrainischer Nationalismus zum größten Hindernis für einen baldigen Frieden werden, insbesondere wenn er vom Westen bedingungslos unterstützt wird. Die Folgen eines langanhaltenden Krieges für die übrige Welt könnten sich, wenn es schlecht läuft, als schlimmer erweisen als der Krieg in der Ukraine selbst: explodierende Energie- und Nahrungsmittelpreise mit der Folge von Hungersnöten und neuen Gewalteskalationen und Flüchtlingsströmen in anderen Teilen der Welt. Aus diesen Gründen erscheint es mir sehr wichtig, dass eine realpolitische Sichtweise an Stelle eines emotional aufgeladenen Moralisierens tritt und auch der Ukraine aufgezeigt wird, dass die Solidarität des Westens nicht grenzenlos sein kann.